

Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Bonn profitiert von schwarz-gelber Landespolitik

Interview mit unseren Landtagsabgeordneten Guido Déus und Christos Katzidis

Seit einem Jahr ist Bonn durch unsere Abgeordneten im Landtag vertreten. Was unterscheidet die Arbeit im Landtag von der kommunalpolitischen Arbeit?

Katzidis: Die Arbeit im Landtag erfolgt hauptberuflich, die kommunalpolitische Arbeit als Stadtverordneter ist Ehrenamt. Das erkennt man an den Arbeitszeiten: Plenartage, Ausschuss- und Fraktionssitzungen sowie Expertengespräche finden in der Regel ab 8.00 Uhr morgens in Düsseldorf statt. Außerdem sind die Anforderungen noch einmal höher und der Zeitaufwand für das Aktenstu-

der Verabschiedung eines Haushalts, der ohne weitere Schulden zulasten nachfolgender Generationen auskommt.

Katzidis: Als innenpolitischer Sprecher bin ich besonders stolz auf die Verhandlungen des sechsten Gesetzes zur Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes, das sog. Sicherheitspaket I. Hier konnten wir als CDU noch mehr bewirken als es im Koalitionsvertrag vereinbart war. So wird es künftig auch eine präventive Telekommunikationsüberwachung und ein Kontakt- und Aufenthaltsverbot für Gefährder geben.



dium weitaus umfangreicher. Aber es macht genauso viel Spaß – vor allem, wenn man kommunal- wie landespolitisch in der Regierungsverantwortung ist!

Déus: Die auf der Landesebene diskutierten politischen Themen und der Verwaltungsapparat eines Vollzeitparlaments sind umfangreicher und spezialisierter als auf der kommunalen Ebene. Es gilt die Strukturen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene mit in den Blick zu nehmen. Ich habe nun in Düsseldorf die Möglichkeit, Themen anzustoßen, die von kommunalpolitischer Bedeutung sind.

Herr Katzidis, in Ihrer ersten Rede im Landtag sprachen Sie über die Ausschreitungen beim G-20 Gipfel in Hamburg 2017: Welchen Stellenwert hatte die Debatte auf Landesebene?

Katzidis: Die aktuelle Stunde im Landtag zu den Ausschreitungen in Hamburg hat gezeigt, welchen hohen Stellenwert die Diskussion hatte. Wir mussten als Innenpolitiker über das neue Gewaltpotential sprechen. Die Vehemenz der Ausschreitungen war mit Nichts zu begründen und die Aussagen aus dem Lager der Grünen waren unsäglich. Gewalt gegen die Polizei ist ein Verbrechen und kein bürgerliches Engagement oder politischer Protest. Hamburg, Ellwangen oder Garzweiler sind Tatorte und keine politischen Bühnen.

Die rot-grüne Vorgängerregierung hat einige Baustellen hinterlassen. Wo sehen Sie die größten Erfolge der neuen NRW-Landesregierung?

Déus: Wir haben ein sichtbares Signal des Aufbruchs und der Neuausrichtung gesetzt. Entfesselungsgesetzgebung, Reformen in der Rechts- und Innenpolitik, Förderung und Ausbau der Digitalisierung, die Reformen in der Schul- und Bildungspolitik und dies alles mit

Schulpolitisch sehe ich die Rückkehr zu G9 als eine der wichtigsten Entscheidungen an. Hier haben wir auf die zahllosen Wünsche von Eltern, Schülern und Lehrern gehört und halten Wort. Die Entfesselungspakete I und II waren ebenfalls wichtige Schritte, um NRW wirtschaftspolitisch aus dem Tiefschlaf zu wecken.

Herr Katzidis, Sie sind u.a. Mitglied im PUA „Fall Amri“. Welche Chancen sehen Sie in diesem Ausschuss?

Katzidis: Mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses haben wir gezeigt, dass etwas falsch gelaufen ist. Wir werden die Fehler detailliert aufarbeiten und haben uns als Ziel gesetzt, aus den Fehlern zu lernen und moderne Strukturen zu entwickeln, damit die Gefahr einer Wiederholung minimiert wird. Denn unabhängig vom Ergebnis müssen staatliche Behörden besser und vernetzter miteinander arbeiten.

Eines der ersten Prestige-Projekte der neuen Landesregierung ist das Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften – kurz das „Entfesselungsgesetz“. Wofür steht es?

Déus: Mit den Entfesselungspaketen I & II ist die NRW-Regierung den Neustart in der Wirtschaftspolitik sehr konsequent angegangen. Das Entfesselungspaket I umfasste die Änderung oder Streichung von 16 Gesetzen bzw. Rechtsverordnungen, sodass Wirtschaft, Verwaltung, Gründer und Bürger zukünftig von unnötigen Auflagen, Einschränkungen, Bürokratie und Dokumentationspflichten befreit werden. Unter den Entwurf des „Entfesselungspaketes II“ fallen weitere 23 Gesetzes- und Verordnungsentwürfe sowie administrative Vorhaben zum Abbau belastender und unnötiger Regelungen, die wir ganz aktuell in den zuständigen Ausschüssen diskutieren.

Aber wo lassen sich die Erfolge konkret in Bonn ablesen?

Katzidis: Die Landesregierung hat die Zuschüsse für das Beethoven-Jubiläum im Haushalt 2018 um eine Mio. € auf zehn Mio. erhöht. Die Förderung für das Beethovenhaus steigt ebenfalls um rund 200.000 € auf 2,64 Mio. €. Zudem erhält Bonn bis 2020 knapp 30 Mio. € zur Investition in Schulen. Diese sind für die Digitalisierung, Grundsicherung sowie Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen vorgesehen. Bonn ist ebenso Teil der Olympiabewerbung Rhein-Ruhr-City 2032, die von Oberbürgermeister Sridharan und Ministerpräsident Laschet Unterstützung findet.

Déus: Eine Ungewissheit, ob das „Bonn-Fest“ durchgeführt werden kann, wird es zukünftig aufgrund der Anpassungen im Ladenöffnungsgesetz nicht mehr geben.

Die NRW-Koalition stellt bis 2022 vier Mrd. € für den öffentlich geförderten Wohnungsbau zur Verfügung. Die Region Bonn/Rhein-Sieg profitiert hiervon im Jahr 2018 mit 44 Mio. €! Als Sofortmaßnahme sind noch für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 500 Mio. € zur Verfügung gestellt worden, damit keine Kita geschlossen werden muss. Die Stadt Bonn profitiert mit rund 11 Mio. € von dieser Maßnahme. Der NRW Kulturretat wird bis 2022 um 50 Prozent auf 300 Mio. € angehoben. Die in Bonn ansässige Beethoven-Jubiläumsgesellschaft wird hieraus 10 Mio. € erhalten.

Bonner Schulen erhalten zusätzliche Investitionsmittel durch die kurzfristig bereitgestellten finanziellen Hilfen für finanzschwache Kommunen.

Anzuführen sind auch die zusätzlichen Fördergelder für die Integrationsarbeit in Bonn mit rund 1.845.000 €, die Förderung des Ausbaus von Rad- und Fußwegen mit 272.400 €.

Herr Déus, Sie sind Mitglied im Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen: Was ist Ihnen bei der Heimatförderung besonders wichtig?

Déus: Es war unsere Koalition, die das Thema Heimat und die damit zusammenhängenden Fragestellungen in NRW endlich wieder zu einem öffentlichen Thema gemacht hat. Für die neue Heimatförderung in NRW werden Finanzmittel in Höhe von über 100 Mio. € bis zum Jahr 2022 zur Verfügung stehen. Konkret werden Initiativen und Projekte, die die lokale Identität und Gemeinschaft und damit die Heimat fördern, durch fünf neue Elemente der Heimatförderung unterstützt und die Förderung wird unbürokratisch und unkompliziert sein.

Ehrenamtler vielfältiger Bereiche in unserer Bundestadt Bonn werden die Möglichkeit haben, entsprechende Fördermittel zu beantragen. Eine einzigartige Chance auch für die Quartiersarbeit in unseren Stadtteilen.

Bürgersprechstunde

Guido Déus: Jeden Montag nach Absprache, 14:30-16:30, Tel: 0228 / 84250340

Christos Katzidis: Montag, 4.6., 9:30-11:30, Theaterplatz 11, Anmeldungen an gunnar.gmilkowsky@landtag.nrw.de

Editorial



Liebe Mitglieder der Bonner CDU,

Die Jamaika-Koalition im Rat der Stadt Bonn hat am 3. Mai 2018 entschieden, dass sie geschlossen beim NEIN zum Bürgerbegehren „Zentralbad stoppen“ bleibt. Jetzt heißt es langen Atem zu beweisen, um Bonn eine zukunftsorientierte Bäderlandschaft zu ermöglichen und den Sportstandort Bonn nachhaltig zu stärken. Die Argumente für und gegen einen Neubau wurden schon beim ersten Bürgerentscheid im letzten Jahr hinreichend diskutiert. Die Bonner CDU wird weiterhin geschlossen hinter dem geplanten Schwimmbadneubau stehen! Der erneute Bürgerentscheid wird die Bonner Bürger ca. 300.000 € kosten. Geld, das besser in Weiterentwicklung statt in Stagnation investiert wäre.

Nur mit dem neuen Schwimmbad kann der Schwimmsport in Bonn dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden. Im Bürgerentscheid 2017 haben sich die Bonner Bürger gegen die Sanierung des geschlossenen Kurfürstenbades ausgesprochen. Wie lange das stark schadhafte Frankenbad noch betrieben werden kann, ist nicht absehbar. Eine Sanierung des Frankenbades soll nach Auskunft der Verwaltung mindestens vier Jahre dauern. In dieser Zeit stünden den Bonnern deutlich zu wenig Bahnflächen in Hallenbädern zur Verfügung. Entgegen der Polemik der Bürgerinitiativen ist und bleibt Bonns Bäderlandschaft dezentral. Sie wird um ein großartiges neues Schwimmbad erweitert und das ist eine tolle Entwicklung. Auch nach Schließung von Kurfürsten- und Frankenbad und mit dem geplanten Neubau hat Bonn insgesamt 14 Schwimmbäder über alle Stadtteile verteilt. Die Bürgerinitiativen stützen sich gerne auf Kampfpapieren und emotional geführte Debatten. Wir setzen hingegen auf Fakten, Informationen und die Weiterentwicklung unserer Stadt. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Nehmen Sie am erneuten Bürgerentscheid teil. Stimmen Sie bitte mit NEIN und helfen Sie uns so, die unendlichen Diskussionen um Bäderschließungen zu beenden, damit Bonn ein neues, ökonomisch und ökologisch zeitgerechtes Schwimmbad mit einem tollen Angebot bekommt! Informationen zu dem neuen Bad finden Sie hier: www.bonn-bewegt-sich.de

Christos Katzidis

§ 219a StGB ist Teil des Schutzkonzepts des ungeborenen Lebens

Von Lisa Winkelmeier-Becker MdB

In der Diskussion um das Verbot der Werbung für Abtreibung tritt die Union für den Erhalt der ausgewogenen gesetzlichen Regelungen ein. Im Mittelpunkt steht die Bera-



tung durch eine anerkannte Beratungsstelle, die der Frau eine informierte und freie Entscheidung ermöglicht. Nach unserer Überzeugung besitzt das Ungeborene Lebensrecht und Würde von Anfang an - es entwickelt sich als Mensch, nicht zum Menschen. Der Staat ist verpflichtet, dieses ungeborene Leben zu schützen. Dazu braucht es eine wirksame Beratung zum Leben, in der es nicht nur um medizinische Fragen, sondern auch um konkrete Hilfen für ein mögliches Leben mit dem Kind geht. Sie ist auf Ermutigung zum Leben gerichtet, aber ergebnisoffen und nicht moralisierend. Die schwierige Konfliktlage der Mutter wird dann ohne Strafandrohung anerkannt, denn das Kind kann letztlich nur mit, nicht gegen die Mutter geschützt werden. Auch in der aktuellen Diskussion geht es nicht um Kritik an der Frau, die sich nach der Beratung für einen Abbruch entscheidet, oder um eine Verurteilung der Ärzte, sondern darum, die Würde und das Lebensrecht des Ungeborenen zu vertreten, ihm eine Stimme zu geben. Es bleibt bei der

Rechtswidrigkeit des Schwangerschaftsabbruchs und der Pflicht des Staates, ein allgemeines Bewusstsein für das Lebensrecht des Kindes und die Rechtswidrigkeit der Abtreibung in der Öffentlichkeit aufrecht zu erhalten; zusätzlich ist geregelt, dass derjenige, der die Beratung vornimmt, nicht auch derjenige sein darf, der den Abbruch vornimmt. All dies entspricht einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Werbung für Abtreibung, die die Beratung zum Leben konterkarieren würde, ist damit nicht vereinbar. Bei Streichung von § 219a StGB wäre z.B. Werbung für Abtreibungskliniken im Internet, mit Anzeigen oder Plakaten möglich, wie bisher etwa für Kinderwunschzentren oder Schönheitskliniken. Dies stünde im klaren Widerspruch zu der Rechtswidrigkeit der Handlung und zu dem Auftrag des Staates, ein Bewusstsein für Lebensrecht des Kindes zu erhalten. Der Vorwurf, das Informationsrecht von Frauen werde beschnitten, geht ins Leere: Es stehen alle medizinischen Informationen zur

operativen oder medikamentösen Abtreibung im Internet, Büchern, Broschüren u.a.m. zur Verfügung. Es gibt hier keinerlei Informationsdefizit, das ausgerechnet von den anbietenden Ärzten geschlossen werden müsste. Deren Informationspflicht beginnt erst, wenn die Entscheidung getroffen ist und es um die konkrete Durchführung des Eingriffs geht. Adressen der Ärzte werden von Beratungsstellen, Gesundheitsämtern oder ärztlichen Kollegen weitergegeben. Es gibt kein Tabu oder Redeverbot. Sanktioniert wird lediglich die öffentliche Information durch den Anbieter/die Anbieterin selbst, bei denen das Lebensrecht des Kindes ausgeblendet wird; das Beispiel der Ärztin Kristina Hänel, die in Bezug auf den Embryo lediglich von „Schwangerschaftsgewebe“ spricht, drängt sich auf. Dass es ein ernsthaftes Problem geben könnte, einen zur Abtreibung bereiten Arzt zu finden, ist bei über 100.000 registrierten Abtreibungen mit steigender Tendenz nicht plausibel. www.elisabeth-winkelmeier-becker.de

Aus dem Europäischen Parlament

Auf dem Weg in ein digitales Europa – Sind wir bereit?

Von Axel Voss MdEP

Durch die technologischen Entwicklungen der letzten Jahre erleben wir eine sich ständig verändernde digitale Welt. Die vielen neuen Möglichkeiten bieten immense Chancen in allen Lebensbereichen, werfen aber auch viele Fragen auf. Sowohl die politischen Diskussionen im Datenschutz als auch beim Urheberrecht zeigen, dass im Zuge der digitalen Umwälzung viele grundlegende Entscheidungen auf uns zu kommen. Können wir unsere alten Denkstrukturen und bisherigen Prinzipien so unverändert anwenden?

Ist die Einwilligung, die Datenminimierung oder die Erhebung der Daten nur zu einem bestimmten Zweck noch zeitgemäß? Ich denke nein! Der deutsche und vor allem der europäische Gesetzgeber müssen intelligentere, kreativere Regelungen verabschieden, um die Balance zwischen Grundrechtsschutz und Innovation sowie Sicherheit besser zu erreichen.

Damit uns dies gelingt, werden wir alte Konzepte aufgeben müssen. Wenn wir es hingegen zulassen, dass Ideologen diese (R)Evolution aufhalten, werden wir schnell merken, dass Europa den Anschluss verliert.



Die neue Herrschaft der Datenschützer

Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) wird ein Flickenteppich aus 28 nationalen Datenschutzregelungen weitestgehend harmonisiert. Für die Bürgerinnen und Bürger ist dies eine sehr gute Nachricht, von Lissabon bis Tallinn gilt dann ein hohes Schutzniveau für personenbezogene Daten, kleine und mittlere Unternehmen freuen sich auf gleiche Standards überall in der EU. Die Unsicherheit, die derzeit entsteht, nutzen die Datenschützer, um Standards im Markt unterzubringen, die europarechtlich keine Grundlage haben. Sie interpretieren das europäische Recht in eine Art und Weise und

zwingen die Unternehmen zu Standards, die unsere digitalen Fortschritte wieder in Frage stellen und Innovationen stark behindern! Schon jetzt hinken viele Regelungen der DSGVO dem Fortschritt hinterher. Neue Technologien, basierend auf künstlicher Intelligenz, werden nicht geregelt. Während man europäisch bei der DSGVO noch eine gute Balance zwischen Datenschutz und Fortschritt gefunden hat, könnte hingegen die geplante ePrivacy-Verordnung den Kontinent in die digitale Steinzeit zurückbefördern: Ein ausufernder Anwendungsbereich, ein fast vollständiges Verbot der Datenverarbeitung und ein Verbot von Cookies...

Urheberrechte und Plattformen

Auch der falsche Umgang bei den digitalen Plattformen mit künstlerischen, kreativen Inhalten und Presseergebnissen muss zugunsten Betroffener korrigiert werden. Die digitalen Plattformen müssen mehr Verantwortung übernehmen für das, was sich auf ihren Plattformen abspielt - in puncto Urheberrecht, Strafrecht, Terrorbekämpfung oder der Verbreitung von Fake News. Die Diskussion über den Untergang der Meinungsfreiheit oder des Hyperlinks ist irrsinnig, überzogen und fehlgeleitet.

Unsere demokratischen Strukturen erfordern eine unabhängige Presse, die auch wirtschaftlich von Suchmaschinen unabhängig sein muss. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass Presseverlage eine faire Vergütung erhalten, wenn man ihre Inhalte nutzt.

Es kann nicht sein, dass solche Urheberrechtsverletzungen im Internet geduldet werden. Ich bin der Meinung, dass wir nur so sicherstellen können, dass der wirtschaftliche Wert der europäischen Kreativen auch in Europa erzielt werden kann. www.axel-voss-europa.de

Aus dem Kreisverband

NRW kommt voran – zumindest ein bisschen

Ein kritischer Kommentar des Arbeitskreises Medien und Digitalisierung

Von Julia Polley, Vorsitzende der FU Bonn

Die Digitalisierung ist vermutlich eine der kontroversesten Aufgaben unserer Zeit. Selten zuvor hatten Entwicklungen ein so großes Potential, Menschen zu unterstützen und sie gleichzeitig auch auszugrenzen oder zu ängstigen. Gemeint sind die Entwicklungen und Digitalisierungsprozesse, welche die junge Generation mit der Muttermilch aufgesogen zu haben scheinen und welche ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger nur allzu oft ratlos oder verängstigt zurücklassen.

Der Frage, wie mit der Digitalisierung umzugehen ist und wo ihre Chancen sind, was es dafür braucht und wo die Hebel ansetzen müssen, widmet sich der Leitartikel zum 41. Parteitag der CDU NRW. Auf den ersten Blick verteilen die Jüngeren für den Leitartikel geistig einen Daumen nach oben. Die älteren Leserinnen und Leser schlagen möglicherweise die Hände über dem Kopf zusammen oder selbige vor den Mund, ob der Aneinan-

derreihung zahlreicher Anglizismen oder unbekannter Begriffe. Der Antrag liest sich auf seinen 17 Seiten wie eine Aufzählung dessen, was Google bei der Suche nach dem Wort „Digitalisierung“ so hergibt. Wörter werden verwendet, ohne ihren Inhalt tatsächlich zu bestimmen. An vielen Stellen bleibt der Leitartikel leider oberflächlich, bietet nur selten einen Lösungsansatz und lässt mehr Fragezeichen zurück als er wollte.

Infrastruktur – brauchen wir! Wie, das wird man sehen. Irgendwas mit Glasfaser klingt jedenfalls immer gut und 5G muss in jeden guten Text über die Zukunft der Digitalisierung. Den Rest wird die Wirtschaft schon richten. Dass einstweilen Landwirte aus purer Verzweiflung selbst ein Kabel verbuddeln, wurde vergessen. Was Cyber-Sicherheit eigentlich bedeutet, bleibt unklar. Liefersysteme für Innenstädte: Was mit der Pizza aus der Lieblingspizzeria schon geht, soll die Digi-

talisierung jetzt auch für die Sonnenbrille vom Optiker des Vertrauens ermöglichen. Zwischenmenschliche Kontakte und Beratung im Ladengeschäft, aber auch die Attraktivität der Innenstädte und überhaupt der mittelständische Einzelhandel, gerieten leider auch in Vergessenheit. Aber lassen wir die Polemik einmal beiseite, denn es ist ohne Frage ambitioniert, ein derart breites Thema, welches die Bundesregierung nur schwerlich in ein Ministerium bzw. eine Staatsministerin zu vereinigen versucht hat, nunmehr auf 17 Seiten in all seinen Facetten zu beleuchten, dazu noch Probleme darzustellen und Lösungen aufzuzeigen. Das ist schade, denn beim Thema der Digitalisierung hat die CDU etwas Großartiges geschaffen. Ihr ist es gelungen, das Thema auch zu ihrem Thema zu machen und zu besetzen. Wie keine andere Partei können wir es schaffen, das Thema zu bearbeiten und alle Generationen dabei mitzunehmen. Wir sollten den An-



trag daher als Anregung verstehen, diesen Themen langfristig in NRW eine Bühne zu bieten, weiter zu diskutieren und sie zu „unseren“ Themen zu machen. Als Bundesland, welches durch die Industrie geprägt ist, wird NRW langfristig womöglich am meisten von der Digitalisierung profitieren. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nun intensiv mit diesem vielfältigen Thema beschäftigen und den Antrag nach der Abstimmung nicht auf den großen Stapel legen. Nehmen wir die Kapitel des Leitartikels und gestalten wir damit unser aller Zukunft!

Kramp-Karrenbauer kommt!

Die CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer kommt auf ihrer Zuhör-Tour nach Bonn: 28. Juni 2018, 18-20 Uhr, Telekom Dome, Basketsring 1, 53123 Bonn. Anmeldungen unter www.cdu.de/zuhoer-tour-nrw



Kicken für den guten Zweck

JU Alfter, JU Hardtberg und CDU Hardtberg veranstalten wieder das traditionelle Fußballturnier. Eröffnung durch Axel Voss MdEP: 17. Juni 2018, 9:30-16 Uhr, Schießstandweg 2, 53125 Bonn. Anmeldungen bis 3.6. unter turnier@ju-bonn.de



70 Jahre Frauen Union

Die FU Bonn lädt am 6. Juni 2018 von 19-21 Uhr zur Jubiläumsfeier in das Haus an der Redoute, Kurfürstenallee 1A, 53177 Bonn, ein. Anmeldung bis 1. Juni 2018 unter frauenunionbonn@gmail.com oder telefonisch unter 0228/917780



Aus dem Kreisverband

Jumelage 2018: Bonner CDU und CDA Zuid-Holland feiern europäische Freundschaft

Zum 39. Mal traf sich die Bonner CDU mit der CDA Zuid-Holland zur Jumelage im Beueler Rathaus, organisiert vom Arbeitskreis Europa, Internationales und globale Sicherheitspolitik. Hauptthema war die Europäische Union im Spannungsfeld der USA und Russland. Der Beueler Bezirksbürgermeister Guido Déus MdL hielt an 40 Freunde und Mitglieder des Arbeitskreises das Grußwort. Die Geschichte der Freundschaft zur niederländischen Schwesterpartei verglich Déus mit der Zusammenarbeit Beuels mit der französischen Partnerstadt Mirecourt. Im Anschluss sprach Axel Voss MdEP zum Thema „Verbündeter Amerika – eine europäische Sicht“. Er ging auf das veränderte europäisch-amerikanische Verhältnis seit der Wahl Trumps zum Präsidenten ein, die zunehmende Unklarheit der Verlässlichkeit, gestand Trump aber ebenso zu, mit Recht über das Nichteinhalten des Zwei-Prozent-Ziels der NATO durch Deutschland und die enormen Handelsbilanzdifferenzen zu klagen. Des Weiteren brachte er auch das aktuelle Thema Datenschutzverordnung zur Sprache. Der Präsentation folgte ein Vortrag des langjährigen Leiters der Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in Moskau, Dr. Gregor Berghorn. Er blickte auf die „Veränderte Russlandsicht – gestern und heute“. Trotz einer gewissen Wahlbeeinflussung durch Putin ist nach Berghorns Sicht das



Wahlergebnis für Russlands Präsidenten auch als eine Zustimmung für die bestehenden Verhältnisse in Russland zu deuten. Putins Ziel sei der Respekt für sein Land in aller Welt, weshalb für ihn der Patriotismus-Begriff eine zentrale Rolle spiele. Eine konservative Gesellschaftspolitik gehe mit einem forcierten Fortschritt in der Wissenschaft einher. Das größte Problem für Russlands Zukunft macht Berghorn in der schwachen Wirtschaft und der rapiden Abnahme der russischen Landbevölkerung aus. Russland befinde sich in einer „Ära der Stagnation“. Nach einem kurzen Grußwort durch Dr. Christos Katzidis MdL, hielt der nordrhein-

westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales, Dr. Stefan Holthoff-Pförtner, eine Rede, bei der er die europafreundliche Politik Laschets hervorhob. In einem außenpolitischen Querschnitt kloppte Holthoff-Pförtner die europäischen Beziehungen zu den Großmächten USA, Russland und China ab. Er definierte auch sein Verständnis der EU, deren oberstes Prinzip die Subsidiarität sei. Mehr Europa bedeute für ihn mehr Einheit, und nicht mehr Regulierung. Der stellvertretende Arbeitskreisleiter Gunnar Gmilkowsky betonte zum Abschluss des

Vormittags, dass sich in unserer Gesellschaft, Menschen für wichtige politische Entscheidungen einsetzen, ob für Schwimmbäder, Einkaufszentren, Sportvereine oder Kulturstätten. Da sollte es uns doch klar sein, dass wir uns für Europa mehr und stärker einsetzen müssten! In der Mittagspause fand bei Pizza und Gebäck im Foyer ein netter Austausch zwischen den Parteifreunden aus Bonn und Zuid-Holland, dem Europaminister und den Mandatsträgern statt. Am Nachmittag wurde die Jumelage fortgesetzt. Die nachfolgenden Vorträge wurden von den holländischen Gästen auf Englisch gehalten. Zunächst knüpfte der ehemalige Botschafter der Niederlande in Tirana, Robert Bosch, mit „Europas Bedeutung in der Welt“ an seine Vorredner an und definierte die zahlreichen Aufgaben der EU. Zum Abschluss sprach Marieke Mol, Mitarbeiterin im niederländischen Außenministerium, über ihre Arbeit in Griechenland während der sogenannten Flüchtlingskrise. Sie beanstandete Defizite in den griechischen Behörden und falsche Vorstellungen vieler Ankömmlinge. Sie stellte klar, dass eine Grundvoraussetzung für Integration ein gesellschaftliches Engagement sei. Nach intensiven Diskussionen konnten alle deutschen wie niederländischen Teilnehmer abends gemeinsam die Jumelage bei „Rhein in Flammen“ abschließen.

Aus der Ratsfraktion

Bürgerbeteiligung – aktuelle Entwicklungen und Ergebnisse

Von Alfred Giersberg, Stadtverordneter
Das Thema „Bürgerbeteiligung“ ist nicht erst seit dem anstehenden Bürgerentscheid zum neuen Schwimmbad hochaktuell - Ansätze, Formen und Beteiligungskonzepte werden seit einigen Jahren nicht nur in Bonn vielseitig und in Teilen kontrovers diskutiert. Demokratie, als erstmals im antiken Griechenland entwickelte Form des Gemeinwesens, bedeutet übersetzt – „Herrschaft des Volkes“. „Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk“, so formulierte es der Prä-

sident der Vereinigten Staaten von Amerika, Abraham Lincoln, 1863 in seiner Gettysburg-Rede. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 20, Absatz 2 des Grundgesetzes. Im Koalitionsvertrag haben wir uns verpflichtet, „[...] die Bürgerbeteiligung in Bonn auf ihrem derzeitigen hohen Niveau zu halten und weiterzuentwickeln.“ Doch was bedeutet dies für die Praxis und unsere Arbeit im Facharbeitskreis und Ausschuss? Konnten wir unser selbstgestecktes Ziel erreichen?

Grundsätze und Schwerpunkte im Facharbeitskreis

Petition ist ein Grundrecht in der Demokratie. Wir nehmen die Anliegen der engagierten Bürgerinnen und Bürger ernst und glauben an den guten Willen aller Beteiligten, die Stadt Bonn weiterzuentwickeln. Wir stehen zu allen Maßnahmen, die dazu beitragen, die Bürgerbeteiligung in Bonn auf ihrem derzeitigen sehr hohen Niveau zu halten. Um die Informationen zu Möglichkeiten und

Grenzen von Beteiligung zu transportieren, müssen alle Medien nutzbar sein. Hier haben wir erreicht, dass barrierefreie Informationsmaterialien erstellt werden. Im Bereich der freiwilligen Bürgerbeteiligung haben wir der Verwaltung mit einer Leitlinie eine Arbeitsgrundlage gegeben. Wir werden diese nach der Frist von acht Jahren evaluieren. Bürgerbeteiligung ist grundsätzlich gut und wichtig, muss aber richtig gemacht werden. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Systeme der kooperativen Bürgerbeteiligung und repräsentativer Demokratie im Spannungsverhältnis stehen. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass an dieser neuralgischen Stelle kooperative Vermittlungsformen gefunden werden.

Bürgerdialog zum Haushalt 2019/2020

Ein Erfolg unserer mehrjährigen Bemühungen, den Bürgerhaushalt weiterzuentwickeln, ist das in diesem Jahr den Bonnerinnen und Bonnern erstmalig zur Verfügung stehende Bürgerbudget.

Der Betrag in Höhe von insgesamt 220.000 € wird nach der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner auf die Stadtbezirke aufgeteilt und allen Bürgerinnen und Bürgern somit die Chance gegeben, eigene Wünsche und Ideen zu ihrem Stadtbezirk einzubringen. Für ein weiteres selbstgestecktes Ziel, die Einführung des Transparenzhaushaltes, werden wir uns weiterhin stark machen.

Sie wollen Mitgestalten?

Engagieren Sie sich im Beirat Bürgerbeteiligung! Um sinnvolle Themen voran zu bringen, brauchen wir Ihre Unterstützung! Senden Sie eine Mail an buergerbeteiligung@bonn.de oder folgen Sie der Aufforderung der Stadtverwaltung zur Beteiligung, die per Post im Spätsommer versendet wird. Der Beirat wird im September 2018 für eine Dauer von zwei Jahren neu besetzt. Machen Sie mit beim Bürgerdialog zum Haushalt 2019/2020 unter www.bonn-macht-mit.de





Kreisverband

Kreisverband Bonn

Sa. 14.07., 12 h: CDU Familienfest

mit zahlreichen Amts- und Mandatsträgern, musikalische Begleitung: Rich 'n' Clear, Kinderschminken und Hüpfburg, Münsterplatz.

Arbeitskreise

AK Bundespolitik

Mi. 20.06., 20 h: Mitgliederoffene Sitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

AK Integration

Di. 10.07., 19 h: Mitgliederoffene Sitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

AK Kommunalpolitik

Mi. 13.06., 18:30 h: Besichtigung und Informationsgespräch HKW Süd und Gelände des geplanten Schwimmbads

Um Anmeldung an ak-kommunal@cdu-bonn.de wird gebeten, Treffpunkt wird nach der Anmeldung mitgeteilt.

AK Landespolitik

Do. 07.06., 19:30 h: Wie können Sport und Ehrenamt in Bonn gestärkt werden?

Diskussionsveranstaltung mit Andrea Milz, Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes NRW, Anmeldung an ak-land@cdu-bonn.de, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.



Bonn

Bezirksverband Bonn

Fr. 13.07., 18 h: Sommerempfang

mit Axel Voss MdEP, Endenicher Burg, Am Burggraben 18, Anmeldungen bitte bis zum 2. Juli an david.lutz@cdu-bonn.de

OV Baumschulviertel / Südstadt

Di. 12.06., 20 h: Bürgertreff

Hotel Bristol, Ecke Poppelsdorfer Allee/Prinz-Albert-Str.

OV Bonn-Castell

Mi. 06.06., 18:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

CJD Tagungs- und Gästehaus Bonn Castell, Graurheindorfer Str. 149.

OV Bonn-Innenstadt

Fr. 22.06., 20 h: Nachbarschaftstreffen
Weberstr./Lennéstr.

Mi. 27.06., 19 h: Bürgertreff

Lokal Sonja's, Friedrichstr. 13.

Mi. 04.07., 18 h: Nachbarschaftstreffen

Giergasse.

Fr. 06.07., 18 h: Nachbarschaftstreffen

Rosenstr.

OV Poppelsdorf

Mi. 06.06., 19:30 h: Sommerliche Vorstandssitzung

mit Stv. Christian H. Steins, Restaurant Hellas, Clemens-August-Str. 81.

OV Venusberg / Ippendorf

Do. 21.06., 19:30 h: Christlich demokratische Grundwerte zukunfts fest machen

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem EAK, Referent: Dr. Christian Koecke, Konrad-Adenauer-Stiftung, Pfarrsaal Kath. St. Barbara Gemeinde, Röttgener Str. 30, Anmeldung unter Ingo.Schulze@cdu-bonn.de oder telefonisch: 283461.

Do. 28.06., 19 h: Bürgergespräch

mit Stv. Georg Goetz zu ortspolitischen Themen und Anliegen, Restaurant Waldhäuschen, Kiefernweg 26.

Vorstandswahlen

OV Hochkreuz:

Vorsitzende: Elke Melzer, stv. Vorsitzender: Gregor Mayer, Markus Niederaastroth, Schriftführer: Markus Niederaastroth, Organisationsleiter: Ruwen Korff, Beisitzer: Philipp Lerch, Frank von Alten-Bockum, Dietrich Freiherr von Tunkl-Schott

OV Mehlem:

Vorsitzender: Jan Claudius Lechner, stv. Vorsitzende/r: Antje Schäfer, Dr. Wolfgang F. Dexheimer, Schriftführerin: Margret Kirchner, Organisationsleiter: Helmut Hankamer, Mitgliederbeauftragte: Wilhelmine Janssen

OV Friesdorf:

Vorsitzende: Sarah Cziudaj, stv. Vorsitzender: Alfred Giersberg, Schriftführer: Joachim Zöller, Organisationsleiter: Hans-Jörg Fendler, Mitgliederbeauftragte: Maria Schmenk, Beisitzer: Detlef Blank, Inge Cziudaj, Antonina Cziudaj, Kai Ortman, Heinz Terhorst

OV Endenich:

Vorsitzender: Stefan Müller, stv. Vorsitzende: Torben Riese, Jutta Boley, Schriftführer: Michael Beuthel, Organisationsleiter: Johannes Klemmer, Beisitzer: Markus Schuck, Max Stötzel



Beuel

OV Beuel-Mitte

Di. 05.06., 19 h: Vorstandssitzung

Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Str. 65, Raum 116.

OV LiKüRa / Beuel-Süd

Mo. 18.06., 17 h: Bürgergespräch

mit Stv. Ludwig Burgsmüller und Bzv. Marco Rudolph, Senioren Begegnungsstätte Limperich, Küdinghovener Str. 141.

Mo. 16.07., 17 h: Bürgergespräch

mit Stv. Ludwig Burgsmüller und Bzv. Marco Rudolph, Senioren Begegnungsstätte Limperich, Küdinghovener Str. 141



Hardtberg

Bezirksverband Hardtberg

Sa. 30.06., 15 h: Sommertreff

Gemeinsame Veranstaltung des Bzv. Hardtberg, OV-Duisdorf und den Vereinigungen, mit OB Ashok Sridharan, Christos Katzidis MdL, Axel Voss MdEP, Stv. Bernhard Schekira, BBM Petra Thorand und Bfv. Wolfgang Esser, Kulturzentrum Hardtberg, Rochusstraße 27.

OV Duisdorf

Sa. 23.06., 10:30 h: Infostand -

Bürgersprechstunde auf der Straße
gemeinsam mit Junger Union Hardtberg. Rochusstr./Am Schickshof.

Sa. 07.07., 10:30 h: Traditionelles Brunnenfest

Im Rahmen des Brunnenfestes werden dieses Jahr sozial engagierte Personen und Organisationen in Duisdorf, die sich besonders für das gesellschaftliche Leben einsetzen, mit einer Dankesurkunde der CDU Bonn für ihr Engagement geehrt, mit Stv. Bert Justus Moll, auf dem Marktplatz in der Duisdorfer Fußgängerzone.

Di. 10.07., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung

Seminarraum in der Musikschule, Villemombler Str. / Schieffelingsweg.

Sa. 21.07., 09:15 h: Ahrtalwanderung

Einladung zum Familienwandertag durch das Ahrtal, Treffpunkt Bahnhof Duisdorf, Anmeldungen an Helmut Buß (Tel.: 0228-9298 9991) oder Enno Schaumburg (Tel.: 0151 577 483 85).



Bad Godesberg

OV Friesdorf

So. 10.06., 20 h: CDU Stammtisch

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

Sa. 16.06., 10 h: StandPunkt

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Klufterplatz.

Di. 10.07., 20 h: CDU Stammtisch

mit Bzv. Sarah Cziudaj, Gaststätte Huth, Annaberger Str. 150.

Sa. 21.07., 10 h: StandPunkt

mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Cziudaj, Klufterplatz.

OV Hochkreuz

Mi. 13.06., 19 h: Mitgliederoffene

Vorstandssitzung

Restaurant La Pergola, Wurzerstr. 7.

OV Plittersdorf

Di. 05.06., 19 h: Bürgertreff

Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.

Di. 03.07., 19 h: Bürgertreff

Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.



Vereinigungen

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)

Mi. 20.06., 16 h: CDA vor Ort

mit Dennis Radtke MdEP, der sich u.A. für Arbeitnehmerbelange engagiert, Gaststätte Im Stiefel, Bonngasse 30.

Evangelischer Arbeitskreis Kreisverband Bonn

Mo. 11.06., 19:30 h: Mitgliederoffene

Vorstandssitzung

u.a. mit Pfarrer Dirk Voos, Ev. Migrations- und Flüchtlingshilfe, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

Do. 21.06., 19:30 h: Christlich demokratische Grundwerte zukunfts fest machen

Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit OV-Venusberg/Ippendorf, Referent: Dr. Christian Koecke, Konrad-Adenauer-Stiftung, Pfarrsaal Kath. St. Barbara Gemeinde, Röttgener Str.30, Anmeldung an Ingo.Schulze@cdu-bonn.de oder Tel.: 283461.

Do. 05.07., 19:30 h: Was unterscheidet das Christentum vom Islam?

Diskussionsveranstaltung mit Referent Dr. Hossein Pur Khassalian, Migrapolis, Brüdergasse 16-18.

Frauen Union Kreisverband Bonn

Mi. 06.06., 19 h: 70 Jahre Frauen Union

Jubiläumsfeier der Bonner FU, alle weiteren Informationen entnehmen Sie der Seite 3.

Junge Union Kreisverband Bonn

Di. 12.06., 19 h: AK Schule

Mitgliederoffene Sitzung, Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

Senioren Union STBZ Bad Godesberg

Mi. 20.06., 15:30 h: Herausforderungen für einen neuen Aufbruch in Europa

Vortragsveranstaltung mit dem Europaexperten der Konrad-Adenauer-Stiftung Prof. Martin Reuber, Stadthalle Bad Godesberg.

Mi. 11.07., 16 h: Entwicklungshilfe und Flüchtlingsproblematik

Vortragsveranstaltung mit Dr. Claudia Lücking-Michel, Stadthalle Bad Godesberg

Frauen Union Beuel

CDU-Kleiderstube

Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 13:00 bis 18:00 Uhr,

Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16.

Impressum

Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63, 53115 Bonn

Tel.: 917780

Fax: 91 77 888

Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>

e-mail: unionkurier@cdu-bonn.de

Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX

IBAN: DE19370501980031026008

Verlag: Infobonn print GmbH,
Postfach 12 03 05, 53045 Bonn

Redaktion: Stephan Masseling (v.i.S.d.P.),
Alisa Topp

Fotos: CDU Bonn

Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Hinweis: Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.



CDU

Redaktionsschluss 15. Juli 2018

für die Doppelausgabe August/September 2018 des Union Kuriers. Bitte denken Sie daran, dass die Termine bis einschließlich 5. Oktober 2018 veröffentlicht werden. Weitere Termine unter www.cdu-bonn.de